

Gastkommentar

52.000
ARBEITSPLÄTZE FÜR
ÖSTEREICH

Immer knapp vor Wahlen entdecken plötzlich alle Parteien die Ängste und Sorgen der Bevölkerung.

Seit 6. Februar 2005 liegt im Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit ein Konzept auf, das Österreich jährlich 52.000 neue Arbeitsplätze bringen würde. Arbeitsplätze im ländlichen Nahverkehr, bei gleichzeitiger Einführung von alternativ angetriebenen, schadstofffreien Motoren. Mit der Einführung dieses Nahverkehrssystems, mit kurzen Intervallen und langen Betriebszeiten als Ergänzung zum bestehenden Linienverkehr, könnten die Belastungen der Familien in Zeiten der hohen Treibstoffpreise stark reduziert werden. Die Mobilität am Lande würde gesteigert, Armut reduziert, und Arbeitslose finden vor Ort Arbeit.

Dieses Projekt sollte nach Auskunft von einem Linzer Universitätsprofessor für Volkswirtschaft unbedingt in der Praxis erprobt werden, da sehr wahrscheinlich ist, dass dieses Projekt nur einer Anschubfinanzierung durch den Staat bedarf, und sich wahrscheinlich sehr bald alleine erhalten würde.

Wie schon erwähnt, dieses Projekt liegt ÖVP – FPÖ – BZÖ seit über einem Jahr vor.

Jetzt erteilt uns der Ruf nach Arbeitsplätzen, welche in den Schubladen der Regierung vorhanden sind? Bis jetzt ist es nur die KPÖ, welche verlangt, die Schublade zu öffnen und endlich für das Volk zu arbeiten. An der Zusammensetzung des künftigen Parlamentes wird es liegen, ob weitere Arbeitsplätze verhindert oder geschaffen werden.

Demokratisches Engagement ist jetzt gefragt.

H. Huemer
www.fairezukunft.at



STEIERMARK: ÖFFENTLICHER VERKEHR SOLL
Endlich Maßnahmen für

Die neuen Tarife für den öffentlichen Verkehr (ÖV) sorgten für eine spannende Debatte im Landtag zur Finanzierung des ÖV. Erstmals griff Landeshauptmann Voves den KPÖ-Vorstoß nach einer Nahverkehrsabgabe auf. Die Einführung soll geprüft werden – gegen den Widerstand der ÖVP.

Bim, Bus und Bahn müssen leistbar für alle sein!“ – Diese Forderung stößt allerorts auf offene Ohren. Die Realität sieht anders aus: SPÖ und ÖVP ließen gegen den Willen von KPÖ und Grünen eine Erhöhung der Fahrpreise zu. Zeit- und Mehrfahrtenkarten wurden am 1. Juli um vier Prozent teurer. Die letzte Erhöhung ging im 2005 über die Bühne.

In der letzten Landtagssit-

zung sorgte der öffentlichen Verkehr völlig überraschend für hitzige Debatten. Denn unerwartet vollzog Landeshauptmann Franz Voves einen Schwenk und kann sich nun eine Nahverkehrsabgabe durchaus vorstellen, wie sie die KPÖ schon lange fordert.

BILLIG TANKEN

Nicht nur ein funktionierender öffentlicher Verkehr soll den Pendlern das Leben erleichtern, sondern auch das Öffnen der Landestankstellen, wie es SPÖ und KPÖ fordern. Dort gibt es Diesel um 15 Cent pro Liter günstiger. ÖVP und Grüne sind dagegen. Letztere sehen mehr Umweltbelastung, erstere einen Anschlag auf den freien Markt. Die Idee von SPÖ und KPÖ: Druck auf die Treibstoffkonzerne auszuüben und diese dazu zu bewegen, ihre Preise zu senken. Das zählt für die ÖVP offensichtlich nicht.

„Statt die Tarife immer wieder zu erhöhen, ist eine solide Basisfinanzierung nötig“, pochte KPÖ-Klubchef Ernest Kaltenegger wiederholt. Die KPÖ denkt an eine Nahverkehrsabgabe ähnlich der Wiener U-Bahn-Steuer, die von den Betrieben beappt werden soll. In Wien zahlt jeder Betrieb seit den 1960er-Jahren pro Dienstnehmer rund drei Euro pro Monat, die KPÖ denkt an drei bis fünf Euro. Kaltenegger: „Das ist sozial gerecht. Ein funktionierender ÖV ist auch ein Standortvorteil für die Unternehmen. Wenn wir diese Diskussion verweigern, wird es weitere Tariferhöhungen geben.“

Dieser Argumentation kann der Landeshauptmann durchaus etwas abgewinnen: Finanzlandesrat Christian Buchmann soll also einige Varianten für eine Nahverkehrsabgabe vorlegen.

Von der Wirtschaft und